

# Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 37 | 27. September 2019



Web: [www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de) | Instagram: [www.instagram.com/mechthild\\_heil](https://www.instagram.com/mechthild_heil)

Facebook: [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil) | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

als Bundesinnenminister Horst Seehofer vorgestern bei uns im Bauausschuss zu Besuch war, hat er gesagt, dass er in 50 Jahren Politik selten eine Zeit erlebt hat, wo so viele wichtige Themen gleichzeitig auf dem Tisch lagen, wie das im Augenblick der Fall ist. Sie sehen das auch am Umfang der Berlin-Info und das trotz der Ausklammerung vieler ebenfalls bedeutender außenpolitischer Fragen, wie zum Beispiel des immer verzwickter werdenden Brexits.

Viel zu tun also im Bundestag, was sich auch in einer hohen Zahl sog. Namentlicher Abstimmungen äußert. Das sind die besonders wichtigen Abstimmungen, bei denen die Abgeordneten namentlich markierte Stimmkarten in die Wahlurnen werfen und wo das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Abgeordneten im Plenarprotokoll festgehalten wird. Diese Plenarprotokolle hat jetzt das ARD-Magazin „Kontraste“ für die letzten 12 Monate ausgewertet. In dem Zeitraum gab es demnach 66 namentliche Abstimmungen.

Interessant ist, dass das Magazin auch die Abwesenheitsquote der Abgeordneten der einzelnen Fraktionen bei Namentlichen Abstimmungen ermittelt hat. Dass mit der AfD ausgerechnet die Fraktion die höchste Fehlquote hat, die den anderen Fraktionen mit gestellten Bildern gerne mangelndes Engagement im Plenarsaal unterstellt, ist schon bemerkenswert. Die Abgeordneten der AfD haben eine durchschnittliche Abwesenheitsquote von 13,57%. Danach folgen die Abgeordneten der FDP, der Linkspartei, der SPD und der Grünen. Die geringste Fehlquote haben die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 8,64%. Oder anders gesagt: Abgeordnete der AfD fehlen über 50% häufiger bei Namentlichen Abstimmungen als solche der Unionsfraktion.

Natürlich besteht die Arbeit in Berlin nicht nur aus Abstimmungen im Plenarsaal und es gibt im Ausnahmefall auch einmal gute Gründe, bei einer Abstimmung zu fehlen. Aber wer gerne (und häufig unberechtigt) mit dem Finger auf andere zeigt, muss sich dann auch nicht wundern, wenn das eigene Verhalten einmal genauer unter die Lupe genommen wird. Auch in meinem Bauausschuss stelle ich nämlich fest, dass von den drei Abgeordneten der AfD eigentlich nur einer regelmäßig anwesend ist. Demokratie ist mitunter anstrengend, ganz im Gegenteil zum wohlfeilen Schimpfen auf „die da oben“. Dieser Kontakt mit der Realität könnte einigen AfD-Abgeordneten ganz gut tun.

Vielleicht treffe ich den einen oder die andere morgen bei der Eröffnung des neuen Bürgerbüros der CDU Mayen-Koblenz in Andernach zu einem Gespräch über dieses und weitere Themen. Ansonsten wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben ein schönes Wochenende!

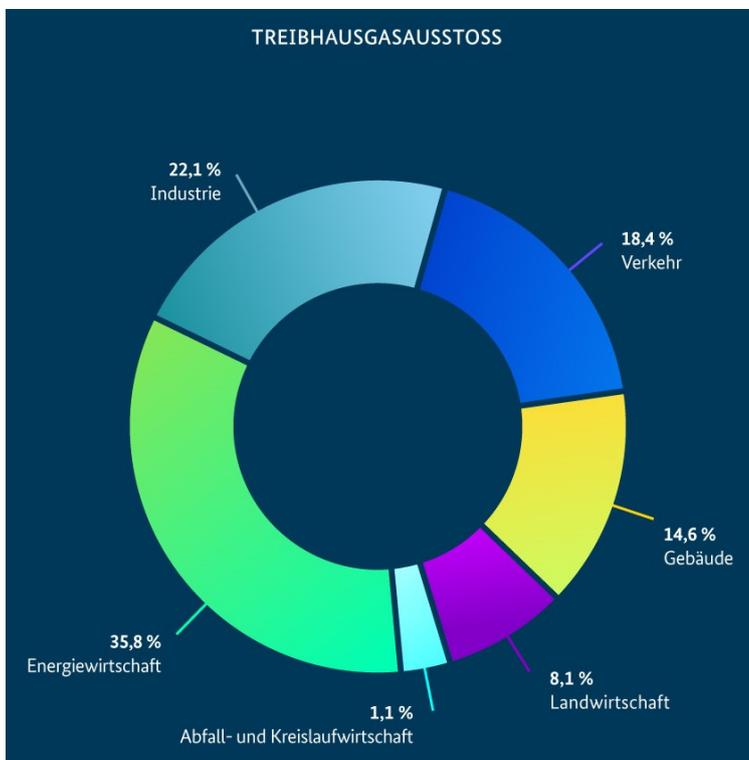
Ihre

## Klimapaket der Koalition und Aufregungswellen im Land

Am 20. September hat die Regierung das Klimapaket der Koalition vorgestellt. Und wir erleben etwas, was sich in den letzten Jahren bereits mehrfach wiederholt hat: Das Programm wird von Kommentatoren und Experten gleich nach Veröffentlichung vielfach völlig pauschal als unzureichend dargestellt. Schließlich soll es sich beim Klimaschutz um das einzig relevante Thema für die Nation handeln und da könne man gar nicht drastisch genug vorgehen.

Um es einmal ganz klar zu sagen: Ich halte beide Aussagen für grundfalsch. Weder ist das (tatsächlich sehr wichtige) Thema Klimaschutz das einzig relevante für unser Land, noch wird die pauschale Einstufung als „unzureichend“ dem Klimapaket in der Sache gerecht. Es ist schlicht ein Konzept mit Maß und Mitte, wie es von einer Regierung zu erwarten ist, die nicht aus Vertretern von Spezialinteressen besteht, die nur ein einziges Thema betrachten. Diese Aufregungswellen erleben wir jetzt zum wiederholten Mal, als Beispiele wären die „Euro-Krise“ und die „Flüchtlings-Krise“ zu nennen. Nun soll es also die „Klima-Krise“ sein. Es ist aber in keiner Weise hilfreich für unser Land, wenn jeweils immer nur ein Thema in den Fokus gerückt wird und dort ein Überbietungswettbewerb an Vorschlägen zu besonders „krassen“ Maßnahmen stattfindet. Der Witz ist ja, dass die gleichen Experten, die das Klimapaket pauschal verunglimpfen, fast jeder einzelnen Maßnahme des Pakets zustimmen, wenn sie im Detail danach gefragt werden.

Und im Detail hat das Klimapaket eine Menge zu bieten, um unsere Klimaziele zu erreichen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die energetische Sanierung von Gebäuden soll zukünftig sowohl steuerlich als auch über Zuschüsse deutlich stärker gefördert werden. Der Austausch alter Ölheizungsanlagen soll eine Förderquote von 40% erhalten. Die Preise für Bahntickets sollen



und die für Kurzstreckenflüge gleichzeitig steigen. Die Bahn soll 11 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital bekommen, um Strecken auszubauen und die Mittel des Bundes für den ÖPNV aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sollen nach den bereits beschlossenen Anhebungen noch einmal verdoppelt werden. Insgesamt investieren wir mehr als 50 Milliarden Euro zusätzlich!

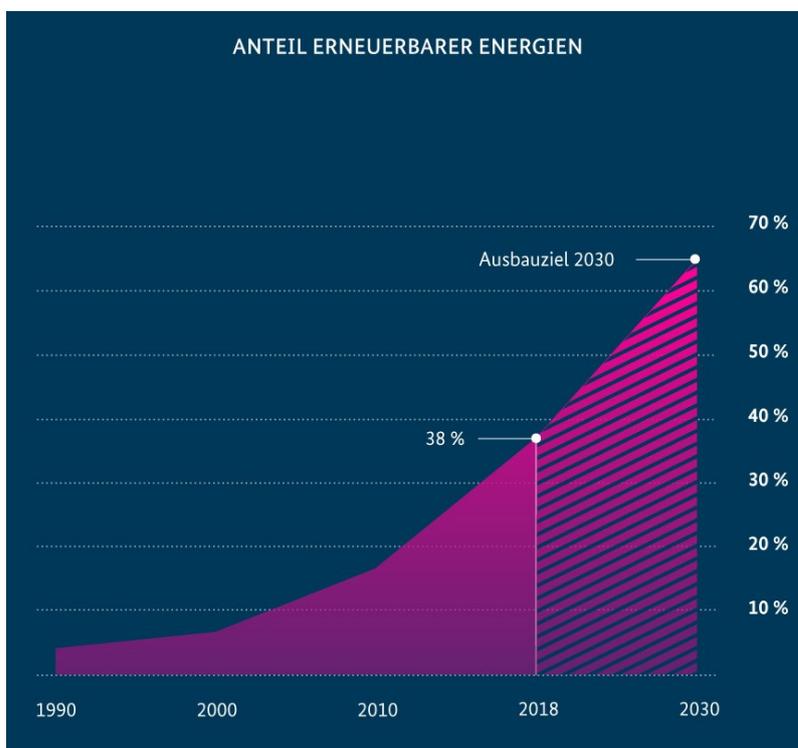
Gleichzeitig wollen wir eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung auch im Bereich Gebäudeenergie und im Verkehrssektor einführen. Diese soll mit einem eher geringen Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> starten und dann kontinuierlich ansteigen. Bezahlt werden sollen diese CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht von den Endverbrauchern, sondern von den Händlern, also z.B. Mineralölfirmen. Aber natürlich werden dadurch am Ende auch

die Endverbraucherpreise für Heizen und Benzin langsam ansteigen. Zum Ausgleich dafür soll z.B. die Kilometerpauschale für Pendler auf langen Strecken erhöht werden. Nicht vergessen werden sollte, dass es sich erst um ein frühes Eckpunktepapier der Regierung handelt, das im parlamentarischen Verfahren sicherlich noch detaillierter ergänzt werden wird.

Kernkritik an dem Paket ist nun, dass der anfängliche CO<sub>2</sub>-Preis zu gering sein soll. Was die Kritiker dabei übersehen, ist, dass alle diese Maßnahmen zusammen kommen. Und wenn Heizen teurer wird, Fortbewegung teurer wird und dann vielleicht noch die Miete steigt, wegen der Sanierungskosten, dann kommt schnell einiges zusammen. Daher sind wir der festen Überzeugung, dass wir den Menschen in Deutschland erst Anreize bieten müssen, stärker in einen deutlich geringeren Energieverbrauch zu investieren, bevor wir sie mit weiter steigenden Energiekosten belasten können. Auch Technologie und Innovationen müssen Schritt halten können, um die nötigen Energieeinsparungen zu liefern, wenn der Energieverbrauch teurer wird.

Was die maßlosen Kritiker des Klimapakets von verantwortungsvoll handelnden Politikern unterscheidet, ist auch, dass wir bei unseren Beschlüssen auf die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz achten wollen und müssen. Für die

Maximalforderungen einiger Professoren mag die Akzeptanz in Berlin-Prenzlauer Berg oder in Freiburg hoch sein. In vielen anderen Landesteilen würde die Akzeptanz aber stark sinken, wenn wir die Bürger mit plötzlichen sprunghaften Energiepreisanstiegen konfrontieren würden, ohne ihnen Gelegenheit und Mittel zu geben, darauf reagieren zu können. Man muss bei diesem Thema eben auch die soziale Komponente im Blick behalten, damit Klimaschutz nicht nur zu einem Hobby für die wird, die es sich auch leisten können. *Grafiken: © Bundesregierung.*



## Die Zukunft der Großen Koalition

Das Casting der SPD für ein neues Vorsitzendenduo ist noch nicht vorbei, da zeichnet sich eines schon klar ab: Die SPD hat sich mit deutlicher Mehrheit bereits für einen neuen Kurs entschlossen – und dieser Kurs führt steil nach links. Das zeigt sich nicht nur bei den Vorstellungsrunden, in denen die Kandidaten sich mit Forderungen überbieten, bei denen die Grenze zwischen sozial und sozialistisch manchmal nicht mehr klar zu erkennen ist. Es zeigt sich auch auf dem Landesparteitag der NRW-SPD, auf dem der Landesvorsitzende Sebastian Hartmann deutlich gemacht hat, dass nicht nur die gesamte Epoche Schröder aus dem Gedächtnis der SPD gelöscht werden soll, sondern die Erinnerung an Sigmar Gabriel und vielleicht auch an Andrea Nahles gleich mit. Und es zeigt sich mittlerweile auch in der Koalition in Berlin, wo der Koalitionspartner in immer kürzeren Abständen Forderungspakete vorlegt, die mit dem Koalitionsvertrag kaum mehr etwas zu tun haben.

Was bedeutet das nun für die Zukunft der Koalition auf Bundesebene? Kurzfristig vielleicht erst einmal gar nicht so viel. Auch die SPD weiß, dass sie gemeinsam mit der Union noch einige wichtige Themen abhaken muss, auf die unser Land dringend angewiesen ist. Stichworte sind hier zum Beispiel Klima, Grundsteuer oder Bundeshaushalt 2020.

Ich hoffe, dass die SPD noch die Kraft und das Verantwortungsbewusstsein hat, das über die Bühne zu bringen. Vielleicht helfen ihr dabei der Gedanke an die Erwartungen der Menschen an eine stabile Regierung und der Blick auf die Meinungsumfragen. Aber es ist auch klar, dass die SPD sich mit ihren Neupositionierungen auf einen Bundestagswahlkampf vorbereitet, an dessen Ende das Ziel der SPD eine rot-grün-rote Bundesregierung ist. Wobei die SPD erst einmal ein besseres Wahlergebnis als die Grünen erzielen müsste, um die Chance zu bekommen, in das Bundeskanzleramt einzuziehen.

Die nächsten wichtigen Termine sind die Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober, bei der die SPD erneut ein einstelliges Ergebnis befürchten muss. Dann das Mitgliedervotum zum Vorsitz im November und schließlich der SPD-Bundesparteitag am 6./7. Dezember. Dort werden nicht nur die neuen Vorsitzenden offiziell gewählt, sondern die SPD möchte auch Halbzeitbilanz der Koalition auf Bundesebene ziehen. Die spannende Frage ist nur, was der Maßstab für diese Bilanz sein soll: der Koalitionsvertrag oder die maßlosen Forderungskataloge der SPD aus den letzten Wochen? Was den Koalitionsvertrag angeht, so hat kürzlich eine Studie von Bertelsmann festgestellt, dass selten in der Geschichte der Bundesrepublik zu einem so frühen Zeitpunkt in der Legislaturperiode so viele Punkte eines Koalitionsvertrages bereits umgesetzt waren.

In unserer Fraktion gibt es aber zunehmende Zweifel, ob der Koalitionsvertrag für die SPD tatsächlich noch die Geschäftsgrundlage ist. Die Union muss also in Betracht ziehen, dass uns eventuell der Koalitionspartner zum Nikolaus die Kündigung in die Schuhe legt. Das ist zwar nicht ausgemacht – vielleicht siegt bei der SPD doch noch das Verantwortungsbewusstsein – aber es ist ein nicht unwahrscheinliches Szenario. Ein Ende der Koalition muss allerdings nicht unbedingt gleich Neuwahlen heißen, schließlich kommt für eine Übergangszeit auch eine Minderheitsregierung von CDU/CSU in Betracht. Deutschland hat in der zweiten Jahreshälfte 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne, auch das könnte bei den Abläufen eine Rolle spielen.

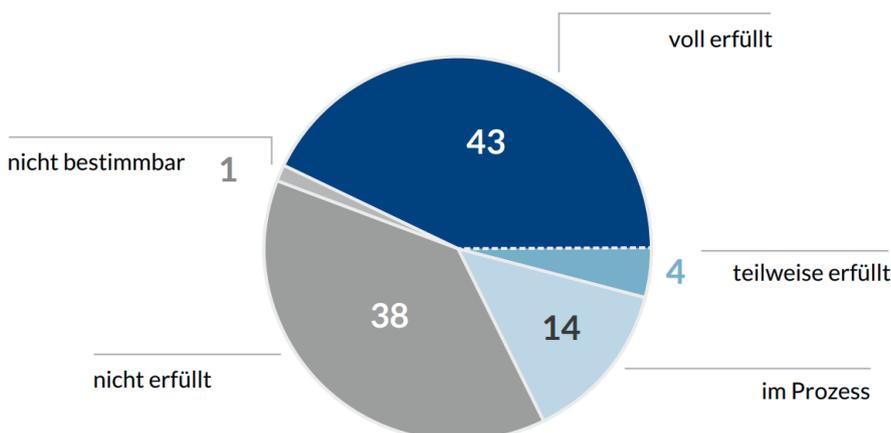
Eine vorgezogene Bundestagswahl irgendwann im Laufe des Jahres 2020 sollte uns aber nicht überraschen. Die CDU muss vorbereitet sein, wenn es dazu kommen sollte. Dazu gehört auch, dass wir uns dann keine Personaldebatten gönnen, sondern den Bürgern geschlossen unsere Inhalte vorstellen. In einem vorgezogenen Wahlkampf muss das Profil der CDU sehr deutlich werden und das geht nur mit klaren personellen und inhaltlichen Angeboten. Es wird dann spannend

sein zu beobachten, ob die Manöver der SPD sie vor dem weiteren Absturz bewahren können. Die CDU muss aber auch aufpassen, dass unser eigener Negativtrend sich nicht weiter verfestigt. Um das zu erreichen, sollten wir uns nicht in einen Überbietungswettbewerb mit den politischen Gegnern begeben, sondern mit Augenmaß Politik für die Mitte machen.

### Koalitionsversprechen 2018

In Prozent der insgesamt 296 Koalitionsversprechen 2018

| BertelsmannStiftung



## Interview mit der ARD zur Digitalisierung



Am Dienstag durfte ich mich im ARD-Hauptstadtstudio den Fragen der Redakteure des ARD-Dokumentationsprojekts „docupy“ stellen. In der mittlerweile dritten Staffel des Formats, unter dem Titel #Neuland, dreht sich alles um das Thema Digitalisierung. Die Fragen handelten dabei davon, wie Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft im „Neuland“ in Zukunft funktionieren sollen? Brauchen wir neue Regeln? Wie sollte die Diskussion darüber aussehen? Ich bin sehr gespannt darauf, wie das Ergebnis dieser Dokumentation aussehen wird.

## Treffen mit Diana Kinnert

Am Donnerstag traf ich mich mit der Bloggerin und Unternehmerin Diana Kinnert, die sich seit Jahren in der CDU engagiert. Gemeinsam haben wir überlegt, wie wir in Zukunft junge Leute erreichen und sie in politische Entscheidungsprozesse einbinden. Vor allem haben wir diskutiert, wie wir mehr Frauen für Politik im Allgemeinen und für die CDU/CSU im Besonderen begeistern können. Ich werde auf jeden Fall mit Frau Kinnert im Gespräch bleiben und ihr bemerkenswertes Engagement weiterhin aufmerksam begleiten.



## Termin mit der Architektenkammer

Aufgrund des Deutschen Architektentages war am Ende dieser Woche der Vorstand der Architektenkammer Rheinland-Pfalz zu Besuch in Berlin und hatte auch Zeit für einen gemeinsamen Termin im Bundestag. Neben dem fachlichen Gespräch über aktuelle baupolitische Themen, wie die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, konnte ich der Gruppe auch in einer kleinen Führung die architektonischen Besonderheiten des Paul-Löbe-Hauses näherbringen und ein



paar Punkte über die Geschichte des Gebäudes sagen. Ich freue mich schon, die Kolleginnen und Kollegen heute Nachmittag bei den Veranstaltungen des Deutschen Architektentages wieder zu treffen.

## Bericht der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Am Mittwoch waren die Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, Franziska Giffey, und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zu Gast, um über die Arbeitsergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu berichten. Aufgrund dieser Ergebnisse plant die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen, beispielsweise ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen oder das Erarbeiten fairer Lösungen für kommunale Altschulen. Wir werden diese Prozesse natürlich intensiv im Ausschuss begleiten und das Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ nicht aus den Augen verlieren.

## Praktikumsbericht von Till Baur

Ich heiße Till Baur, bin 24 Jahre alt und ich komme aus Sinzig. Zurzeit lebe und studiere ich aber in Greifswald, gelegen im Wahlkreis unserer Bundeskanzlerin an der schönen Ostseeküste Vorpommerns. Dort werde ich bis Anfang nächsten Jahres meinen Master in Politikwissenschaft abschließen. Aufgrund des Studiums und dem damit einhergehenden großen Interesse an Politik



habe ich mich bei Frau Heil, der Wahlkreisabgeordneten meiner Heimat, für ein Praktikum beworben. Es ist für mich besonders wichtig und interessant, nicht nur auf theoretischer Ebene im Rahmen des Studiums, sondern auch in praktischer Anschauung das Funktionieren unseres Staates und unserer Demokratie besser verstehen zu lernen und ein wenig hinter die Kulissen schauen zu können. Dazu ist ein Praktikum im Bundestag natürlich die perfekte Möglichkeit. Die 4 Wochen, über welche ich hier mein Praktikum absolvieren konnte, sind meiner Ansicht nach ideal, um die Abläufe im Bundestagsbüro und im Parlament selbst näher kennenzulernen. Ich konnte viele Einblicke, etwa durch die Teilnahme an AG-Sitzungen, Ausschusssitzungen und Plenardebatten, erhalten und bei Interviews

von Frau Heil dabei sein. Im Büro von Frau Heil bestanden meine Aufgaben vor allem aus dem Beantworten von Bürgeranfragen, Recherchearbeiten und der inhaltlichen Vorbereitung von Gesprächen von Frau Heil. Durch das Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Fraktion hatte ich die Möglichkeit, innerhalb von Diskussionsveranstaltungen auch viele Politiker, u.a. Ralph Brinkhaus und Paul Ziemiak, zu treffen und bekam die Möglichkeit, ihnen Fragen zu ihrer Arbeit und den politischen Inhalten der CDU/CSU zu stellen.

Insgesamt war das Praktikum eine wirklich sehr interessante und lehrreiche Erfahrung und ich bin sehr dankbar dafür, dass mir Frau Heil und ihre Mitarbeiter diese einmalige Möglichkeit gegeben haben.